

Ercheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 s., 1/2jährlich 1.50 s.
brühm. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage) durch
die Post nicht bezugsbar. Kostet
monatlich 10 s., 1/2jährlich 30 s.

Volkswblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Bülbergasse.
Telegraphen-Adresse: Volkswblatt Halleaale.

Inserionsgebühren
beträgt für die Spalten
Zeitzelle oder deren Raum
15 s. für Wohnungs-
Bereits- und Veranlagungs-
anzeigen 10 s.

Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 1/2 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 6645.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 274. Halle a. S., Dienstag den 21. November 1893. 4. Jahrg.

Nachklänge vom Züricher Kongress.

XX Die Rede Domela Nieuwenhuis' veranlaßte bekanntlich eine lange Diskussion auf dem Kongress. Jede Rationalität ließ durch einen ihrer Vertreter ihre Ansicht über die Frage aussprechen. Als ich als Berichterstatter das Wort erhielt, um die für oder gegen den Militärstreik vorgebrachten Meinungen resümierend zu erörtern, war es bereits offensichtlich, daß der holländische Antrag mit erdrückender Majorität abgelehnt werden würde. Es war also eigentlich überflüssig, eine bereits gewonnene Sache noch zu verteidigen.

So beschränkte ich mich demnach, einige Bemerkungen über Nebenpunkte zu machen. Ich führte u. a. aus, daß es ungenau wäre, den Antrag der Mehrheit der Kommission als deutschen Antrag zu bezeichnen. Auf dem Züricher Kongress war er bereits durch einen Franzosen, Bailant, außerdem durch einen Deutschen, Viehnecht, vertreten worden. Auf dem Kongress zu Zürich hätte die kleine Schar der französischen Delegierten, die Bonnier, der Vertreter des „Parti ouvrier“ (Arbeiterpartei), sowie Saclard und einige andere in ihrer Mitte hatte, sich in gleicher Weise für den Antrag ausgesprochen.

Es wäre also richtiger, den Antrag als deutsch-französischen zu bezeichnen. Ich war glücklich darüber, diese Uebereinstimmung zwischen den deutschen und einem Teile der französischen Sozialisten konstataren zu können, da sie von neuem bewies, daß kein Chauvinismus die Verteidiger unseres Antrages beziele. Alles was man gegen ihn vorgebracht hat, ist so wenig logisch, so unverständlich, daß ich mich einen Augenblick lang gefragt habe, ob Domela nicht etwa in dem Wolapuk gesprochen hätte, dessen Erlernung er den Proletariaten empfahl.

In der That, was soll man von dem Teil seiner Rede sagen, in dem er uns über die wahrseheinlichen Folgen einer barbarischen Invasion zu beruhigen versucht? Was sollen wir Domela erwidern, wenn er sagt, die deutsche Regierung sei nur wenig von der russischen verschieden? Fragen Sie die hier anwesenden Ungarn. Seit 1849 wissen sie, was russische „Ordnung“ ist. Werden Sie sich an die politischen Delegierten. Sie werden Ihnen noch besser Beispiele zeigen können. Was soll man im allgemeinen zu dieser unüberhörbaren Idee sagen? Beweisen, daß eine Invasion nicht schlimmer ist als eine andere? Handelt es sich denn darum, von zwei Invasionen diejenige zu wählen, deren Folgen die am wenigsten verhängnisvollen sind? Ist das Sache des Kongresses? Die Mehrheit in der Kommission hat ganz einfach ausgesprochen — und das ist doch klar wie der Tag — daß, wenn die Sozialisten Deutschlands und Frankreichs ihre Pflicht mit Erfolge thun, ein Krieg zwischen diesen beiden Ländern unmöglich würde, und dann bliebe nur noch der

russische Pazifismus, der wie eine beständige Gefahr über dem europäischen Frieden schwebt.

Domela Nieuwenhuis hat sich in einer langen Rede gegen die Chauvinistischen Gefühle gewandt. Der Herr hat recht, diese Gefühle sind längst nicht mehr in der Mode, und wehe dem, der auf einen Sozialistenkongress mit nationalen Eifersüchteleien und dergleichen käme! Aber wer hat sie denn, diese hundertmal verdammen Gefühle? Domela warf Bebel seine Rede gegen Rußland vor. Wenn er das russische Volk angegriffen hätte, dann wäre er ein Chauvinist, und ich, der ich heute seine Reden verteidige, ich wäre ein Verräter an meinem Vaterlande. Aber die Dinge liegen doch nicht so, wie Sie sie schildern. Das offizielle Rußland war es, das Bebel angriff, den Potentaten des Nordens, der sein Volk verhungern läßt, dafür aber Sorge trägt, daß die Galgen nicht leer stehen. Und wir wachen dem Gewissen Bebel aus solchen Angriffen keinen Vorwurf.

In untern unglücklichen Lande sind die Interessen des Volkes denen der Regierung diametral entgegengesetzt. Alles was zum Wohle der letzteren geschieht, gereicht dem Volke zum Schaden, und umgekehrt, alles was dem Pazifismus Schaden zufügt, ist dem Volke von Nutzen. Dacum sind wir Russen tief dankbar dafür, daß er den Kampf aller Neuen gemeinsam hat, wie er ist. Und Sie, meine Freunde, bitte ich, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um unsere Regierung anzugreifen. Thun Sie es, so oft Sie können, stellen Sie sie an den Pranger, Sie leisten uns große Dienste damit. Was unser Volk anlangt, so wünschen auch unsere deutschen Freunde, daß es frei werde, und vielleicht wird eine Zeit kommen, in der die deutschen Arbeiterbataillone für seine Befreiung kämpfen, wie die Waffen des französischen Nationalkonvents damals für die Befreiung der Völker gekämpft haben.

Ärzen wir Bebel, weil er in seiner von Domela angegriffenen Rede dem elken volkreichen Volke seine Sympathie ausgesprochen? Wir russischen Sozialisten werden Polen nicht verraten, wie es die französische Bourgeoisie that, als sie rief: Es lebe Polen! und dann gleichmäßig bei Herrn von Mohrenheim deswegen um Entschädigung bat. . . . So weit Plechanoff. Unfern Leuten wird es gewiß nicht unlieb sein, die schlagenden Anschuldigungen des russischen Genossen, die das „Volkswb.“ i. B. nur kurz wiedergab, hier noch einmal in einem ausführlichen, authentischen Berichte zu lesen.

Zur Steuernot.

* Die herrschende Steuerfalamität treibt junderbare Blüten. Wirft da in den hochkonservativen „Grenzboten“ ein jedenfalls ebenso hochkonservativer Steuerpolitikus den Gedanken in die öffentliche Diskussion, die zweidunwanzig deutschen

Regenten möchten — natürlich aus Gerechtigkeitsgründen — auf das Privilegium der Steuerfreiheit freiwillig verzichten. Der „Grenzboten“-Mann rechnet den deutschen Regenten ein festes Einkommen von 40 Millionen Mark nach, wobei die unkonfessionliere Einkünfte aus den zum Teil ganz enormen Privatvermögen der Fürsten — das preussische Kronverdienstvermögen soll allein auf 40 Millionen belaufen — unberücksichtigt geblieben sind. Die Berliner „Volkstztg.“ knüpft daran eine Betrachtung, welche Stellung zu dem Vorschlage wohl die verschiedenen Parteien einnehmen möchten und kommt zu dem Resultat, daß die einzige Partei, die entschieden und ohne Zagen zu dieser Frage Stellung nehmen würde, die sozialdemokratische Partei sei. Nicht einmal von der liberalen Presse ist zu erwarten, daß der Gedante lebhaften Widerspruch finden werde, was die „Volkstztg.“ mit Recht daraus schließt, daß die Liberalen bei der Beratung des neuen preussischen Einkommensteuergesetzes kein Wort gegen das Steuerfreiheitsprivilegium des hohen zöllerischen Hauses geäußert haben.

Wir meinen, daß zu dieser von den „Grenzboten“ aufgeworfene Frage sich deshalb eine Stellungnahme erübrigt, weil die „Grenzboten“ einen freiwilligen Verzicht der Regenten und ihrer Familien auf ihre Steuerfreiheit vorschlagen. Wenn ein Herrscherhaus einen solchen Verzicht thäte, so würden sicherlich die Konterpartien und noch weitlicher die Liberalen etwas anzuwenden haben. Nach unserer Meinung muß der aufgeworfene „Frage“ überhaupt jeder praktischer Wert abgeprochen werden. Denn wenn einmal das Steuerfreiheitsprivilegium der Herrscherhäuser beseitigt wäre, ließe es durch freiwilligen Verzicht oder durch ein Gesetz, so würde es garnicht lange währen, daß die feldergewalt in ihren Einkommen bedrängten Fürsten die Beobachtung machen würden, daß sie bei den neuen Steuerpreisen nicht mehr auskommen können und würden eine ansehende Erhöhung der Beiträge fordern, die ebenfalls ein Grellliches mehr betragen würde, als der Anfall beträgt, den die Fürstenhäuser durch die Aufhebung des Steuerfreiheitsprivilegiums erleiden. Hat doch das preussische Ministerium erst vor einigen Jahren eine Erhöhung der preussischen Beiträge um drei Millionen mit dem Hinweis auf die veränderten Verhältnisse in den beiden Häutern des Landtags durchzuführen vermocht. Wieviel würde man auch auf den Gedanken kommen, den Regenten wie fürlich den ehemaligen reichsunmittelbaren Fürsten eine entsprechende Abundungsumme zu gewähren.

Die Frage der „Volkstztg.“ nach der Stellung der sozialdemokratischen Partei zu der aufgeworfenen Frage ist sehr leicht beantwortet: Die Sozialdemokraten sind nicht nur gegen jedes Steuerfreiheitsprivilegium, sondern auch gegen die enorm hohen Beiträge. Diese Stellung liegt in dem Programm

Bürger! Parteigenossen! Stadtverordneten-Wahl in Halle a. S.

Das Drama von Melbourne.

Roman von F. W. Sarmc. Deutsch von A. Geisel.
(Nachdruck verboten.)

Diesmal ichen Herrn Gorbys Theorie ihn im Stich lassen zu wollen; weder die Dienstagsblätter, noch die vom Mittwoch und Donnerstag entbietet ein Interat, wie der Detektiv es suchte. Aber die Freitagsummer deckte den Schaden; sie brachte eine Annonce folgenden Inhalts: „Wenn Herr Oliver Weiss bis zum Ende der Woche nicht zurückkehrt, werden die Zimmer, die er in der Villa Walter inne hatte, anderweitig vermietet werden. Graystraße, St. Kilda, Hofine Habelton.“

Der Detektiv blinzte triumphierend auf das Zeitungblatt. „Oliver Weiss“, sprach er vor sich hin: „das Töchterchen war D. W. gezeichnet, folglich hieß der Tote Oliver Weiss. Ob wohl die Hofine Habelton Köberser weiß? Na, jedenfalls werde ich die Tame auffinden, für die Straftat habe ich immer eine besondere Schwäche gehabt und so will ich die der Villa Walter in der Graystraße in St. Kilda einen Besuch abstatten.“

4. Kapitel.

Frau Hofine Habelton war eine Persönlichkeit, welche stets klage, wie jeder besagen konnte, der mit „Tame“ in Berührung kam. Sie hatte zudem die Angewohntheit, immer nur von sich selbst zu sprechen, und sie verstand es meisterlich, jeden Versuch, das Gespräch auf andere Thematia zu lenken, im Keime zu ersticken.

Mit besonderer Vorliebe besaue Frau Hofine ihren chronischen Gehmangel; wachte man ihr zu bemerken, daß auch andere an diesem Uebel litten, dann entzogene sie kurz und schneppisch, das sie schon möglich, aber ihr Gehmangel sei weit fataler als der anderer Leute und dabei blieb es.

Nicht daß Frau Habelton keine Grund zu ihren Klagen

gehabt hätte, ihr Leben war wirklich eine Kette von Täuschungen und Widersprüchlichkeiten gewesen und war es zeitweilig noch. Vor Jahren, als Australien noch für eine Goldgrube galt, war das Ehepaar Habelton aus England nach der neuen Kolonie übergefiedelt, aber das erkante Gold wackelte sich nicht finden. Nicht daß es Frau Hofine an Fleiß hätte fehlen lassen, aber ihre Gatte war leider ein unverbesserlicher Trinker und Thunigant und jeden Penny, den seine Frau erwarb, leste er sofort in Bier und Branntwein um. Erst als Herr Habelton sich tot getrunken hatte und Frau Hofine somit nur für sich allein zu sorgen genötigt war, begann sie freier aufzuwachen; sie erhielt sich mit Nadeln und Fäden und nahm, wenn sich Gelegenheit bot, auch einen Koffen als Krankenwärterin. Es älte sie indes wurde, desto mehr lehnte sie sich nach Ruhe und Besonnenlichkeit; sie fand es himmelstreichend, daß sie sich ihr Lebenlang plagten mußte, während andere sich's wohl sein ließen, und sie stand nicht an, den seligen Habelton für ihr jämmerliches Dasein verantwortlich zu machen.

„Er war ein Lump, und alle Männer sind Lumpen“, sagte sie grimmig; „sie trinken Schnaps und rauchen Tabak, während wir armen Frauen uns plagen, der Henker hole die „Herren der Schöpfung“, wie sie sich nennen.“

Um ihre Existenz zu verbessern, mietete Frau Habelton ein sehr beschcheidenes Haus in der Graystraße in St. Kilda, welches den stolzen Namen „Villa Walter“ enthielten mit Unrecht führte und vermietete das beste Zimmer des kleinen Gebäudes an einen Herrn. Der vor dem Häuschen befindliche kleine Garten mit seiner herrlichen Blumen bildete Frau Hofines höchsten Stolz, und sie wurde nie müde, das kleine Fleckchen Erde, welches böse Jungen die Sandgrube nannten, zu begießen und von dem äppig wuchernden Unkraut zu befreien. Auch heute hatte sie ein altes Tuch um den Kopf gebunden, um sich vor den heißen Sonnenstrahlen zu schützen

und war mit Nadeln und Gießtanne bewahrt hinaus in den „Garten“ gegangen.

„Wo er nur bleiben mag“, murmelte sie vor sich hin, während sie einen glühenden Blick auf das Fenster des abwesenden Mieters warf, „was gilt die Wette, daß er von Stenke zu Stenke kommt und kein Geld verliert? Als ob man nicht schon Sorgen genug hätte, 's ist wirklich ein Glend mit den Männern und der beste taucht in der Wargel nicht.“

In diesem Augenblick gewahrte Frau Hofine einen Mann, der am Gartenzaune stand, und ansehend, es sei ein Hausierer, der sie zum Selbstausgeben veranlassen wollte, rief sie bözig:

„Macht, daß Sie fortkommt, ich brauche nichts.“

Der Fremde lachte, aber er kühlte sich nicht von der Stelle, worauf Frau Hofine heftig wurde, und drohend ihren Nadeln schwenkte.

„Was steht Ihr da und rafft mich an?“ schrie sie erbozt; „zu stehen giebt's hier nichts! Die silbernen Löffel, die ich habe von meiner Großmutter geerbt habe, hat mein Seliger längst durch die Gurgel gejagt und —“

„Aber beste Frau, Sie sind völlig im Fehrum“, fiel der Fremde hier der Redeliegen ins Wort, „ich wollte mir nur erlauben, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie —“

„Nein, ich bin's nicht“, zerrte Frau Hofine, unbefümmert darum, was der Fremde eigentlich fragen wollte; „ich habe Befehrses zu thun, als Euch hier Rede zu stehen; ich bin eine alleinstehende Frau, die natürlich ihre Miete und ihre Steuern zahlt und sich nicht um die Welt und noch weniger um die Mannseute öckmüert.“

„Und auch wohl keine Zeitungen liest?“ fragte der Fremde gelassen.

„Na, was gehts Euch an, ob ich's thue oder nicht?“ fragte Frau Hofine scharf, „meint Ihr, ich hätte Zeit, das verlogene Zeug zu lesen!“

der Sozialdemokratie begründet. Im preussischen Landtage kann allerdings die Sozialdemokratie wegen des famosen Wahlgesetzes der Angelegenheit nicht näher treten. In den Landtagen aber, in denen die Sozialdemokratischen Mandate inne haben, könnte es gar nicht schaden, wenn bei den Etatsberatungen die Frage einmal angechnitten würde.

Bemerkenswert mag übrigens noch werden, daß in Preußen nicht nur der König, sondern sämtliche Mitglieder des königlichen Hauses und des hohenolländischen Fürstenhauses, außerdem die Mitglieder des vormaligen hannoverschen Königshauses, des vormaligen kurfürstlichen und des vormaligen herzoglichen nassauischen Fürstenhauses Steuerfreiheit genießen.

Kundschau.

Parlamentarisches. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für die Etatsjahre 1892/93 und 1893/94 zugegangen. Ferner ist dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des § 41 der Kontrolloordnung vorgelegt worden, welcher eine Änderung des § 41, 4 bezweckt. Weiter ist dem Reichstage noch der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1893/94, zugegangen. Endlich ist dem Reichstag ein am 21. August v. J. in Wien zwischen dem Reich und Serbien abgeschlossenes Übereinkommen, betreffend den gegenseitigen Militär- und Markenschutz, sowie der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung eines Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehdiebstahl, zugegangen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer ersten Sitzung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die für die Parteigenossen von Wichtigkeit sind. Nachdem man Mitglieder für die verschiedenen Sachkommissionen und die Redner für die Handelsverträge und die Städteabgabe bestimmt hat, beschloß die Fraktion eine Reihe von Anträgen einzubringen. Man kam überein, gemäß dem Beschlusse des Kölner Parteitagess einen Geheimplatz einzubringen, der verlangt, daß in jedem deutschen Bundesstaate ein Volksvertretung beschloß, die nach den Grundrissen des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts von allen über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts gewählt ist. Ein zweiter Geheimplatz — ebenfalls im Sinne der Kölner Parteitages-Beschlüsse gefaßt — soll die Freiheit des Vereins- und Versammlungswesens und die Aufhebung aller Koalitions-Verbote ansprechen. Ein dritter Geheimplatz soll die Aufhebung des Aktuar-Paragrafen, die Einführung des deutschen Wechselgesetzes und der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen mit Aufhebung der dazwischen eingetragenen landesgesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen verlangen. Viertenfalls ein Antrag eingebracht werden, der die geistliche Einteilung der Reichstags-Wahlkreise fordert. Fünftens will man eine Interpellation über die geistliche Regelung des Strafvollzugs an den Reichskanzler richten.

Es wurden mehrere Kommissionen gewählt, welche die Geheimplätze und Anträge auszuarbeiten und der Fraktion in ihrer nächsten Sitzung zur Beschlußfassung vorzulegen haben. Der Fraktionsvorstand wurde durch Affirmation in seiner alten Zusammensetzung (Weber, Reiter, Singer) bestätigt.

Mit Anträgen aus dem Hause liegt bereits eine größere Zahl vor:

Die Abg. Dr. Mintelen, Großer (Württemberg), Spahn, Dr. Bachem und Hise beantragen eine Änderung des Kontrolloverfahrens; der Abg. Nicker beantragt eine Änderung des Wahlgesetzes in den §§ 6, 10, 11, 13 und 16, wonach u. a. die Wahlkreise in amtlich abgemessene Umfänge gelegt und die Wahlen um bis 7 Uhr nachmittags ausgesetzt werden soll; wörtlich gleichlautend mit diesem Antrag liegt ein von den Abg. Großer (Württemberg), Dr. Freiber von Bremer, Dr. Lieber, Dr. Mintelen, Dr. Schaefer, Spahn und Benzel beantragter Geheimplatz vor. Gleichlautend Geheimplätze werden einerseits von dem Abg. Langefeld, andererseits von den Abg. Dr. Lieber, Dr. Hise, Niekmann, Großer und Dr. Schaefer betreffend der eingetragenen Berufsvereine beantragt. Abg. Munkel beantragt den Erlaß eines Gesetzes wegen Entschädigungspflicht des Staats für Entschädigung oder Beschädigung der persönlichen Freiheit sowie für unrechtmäßig vollstreckte Strafe. Die Abg. Graf von Sauritz und von Mirbach haben ein

Reichs-Wahlgesetz beantragt, welches die Gold- und Silberwährung einführen will, dem Entwurf ist die Ausprägung vollwertiger Silbermünzen im Verhältnis zum Gold von 15/2 zu 1 zu Grunde gelegt. Zwei Geheimplätze beziehen sich auf die Gewerbeordnung; der eine von den Abg. Dr. Hise, Dr. Schaefer, Weiser (Meinrad), Letoda, Großer, Güter, Krebs und Spahn beantragt die Abänderung der §§ 14 und 15 in der Richtung der Einführung des Befähigungsnachweises im Handwerker vor; der andere, den die Abg. Großer (Württemberg), Dr. Hise, Dr. Schaefer, Spahn, Letoda, Marbe, Meyner (Meinrad) und Güter beantragt, betrifft die Einbeziehung der Kunstvereine und Gesellschaften (Gesellschaftler) unter die Bestimmungen für den Betrieb der Gast- und Schenkwirtschaft sowie für den Weinhandel mit Branntwein und Spiritus und eine Milderung der Bestimmungen über den Gewerbebetrieb in Lembergen. Weiter beantragt Abg. Großer eine Abänderung des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs betreffend des Verhältnisses zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfe und der Ausschließung von Geheimplätzen für Handlungsgehilfen. Ein von den Abg. Großer (Württemberg), Dr. Hise, Dr. Schaefer, Letoda, Marbe, Meyner und Spahn eingebrachter Geheimplatz beantragt die Bestrafung der Personen, welche in Konsumvereinen und in dem Verkauf der Waren befaßt sind, wenn diese nicht Mitglieder verkaufen. Abg. Graf von Sauritz bringt die Aufhebung des Feuertaxengesetzes in Antrag, Abg. Colbus die Ausdehnung des Prechtgesetzes auf Elsaß-Lothringen. Anträge auf Einbringung von Geheimplätzen haben die Abg. Dr. Kropffgottsch und Jodofoboff gestellt. Diese beziehen sich auf die Aufhebung des § 10 des Reichsgesetzes über die Konsumvereine (Bestrafung des Verfalls an Nichtmitgliedern) auf Abzählungsgeschäfte und Verbot von Wandertagern und Remontatanten, Einschränkung des Handwerkerhandels auf Ausdehnung der Vorrechte der §§ 100b und 100f der Gewerbeordnung für Innungen, auf Bestrafung einer Firma mit Verschleiß und Namen des Inhabers, Bestrafung von Kreditgeschäften nach erkannter Zahlungsunfähigkeit. Weiter beantragen die Abg. Dr. Hise, Dr. Bachem, Großer, Dr. Lieber, Meyner und Dr. Schaefer Erhebungen über die Wirkung der Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen und über die Möglichkeit einer Beschränkung der Arbeitszeit für alle Arbeiter; von denselben Antragstellern liegt ein Antrag auf Vortagung eines Gesetzes wegen einer geordneten Vertretung der Arbeiter vor. Die Abg. Micholitz, Großer (Württemberg), Dr. Hise, Sonn, Aug. Micholitz, Meyner (Meinrad), Dr. Schaefer und Watterdorf beantragen Erhebungen darüber, wie weit die Anlagen über das Jura der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Reichsgesetzgebung und eventuelle Abänderung, sowie die baldige Vortagung einer Novelle zu den Unfallversicherungsgeetzen; die Abg. von Staudt und Stepmann beantragen ein Gesetz, welches die aus dem Markenrecht herrührenden Mißstände des Anwaltsberufs und die Verhältnisse der Rechtsanwälte, des Anwaltsberufs und der Anwaltsvereine betreffend die baldige Vortagung des Entwurfs einer Militär-Strafprozessordnung, und endlich die Abg. Freiber von Bremer, Freiber von Mantel und von Polenz die Vortagung eines Gesetzes, welches den Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung untersagt.

In der Thronrede — schreibt der „Vorwärts“ — findet sich eine Stelle, die uns bei der ersten Verpöschung entgangen war. Es wird da von dem sympathischen Empfang gesprochen, der dem Kaiser auf seinem letzten Reisen in Deutschland zu Teil geworden sei, und aus dem gefolgert wird, das Volk freue sich über die Annahme der Militärvorlage. Wir können dem deutschen Kaiser nur versichern, daß er sich über den Wert solcher Empfangs täuscht. Ein früherer preussischer König äußerte sich sehr scharf über drei Umgebungen, die nicht selten von sehr fraglichen Beweggründen veranlaßt werden, und die auch den verhassten und wenig geschätzten Monarchen niemals gefehlt haben. Sogar abgeleitete Feindstärker erstreuen sich mitunter auf ihren oppositionellen Agitationsreisen wunderbarer begeisterter Aufnahme — wenn man den Zeitungen glauben darf. Und eins noch können wir dem Kaiser versichern: hätte er, als er sah, daß von allen Seiten und aus allen Volksschichten die Proteste kamen, die Militärvorlage zurückgezogen und eine allmähliche Entwaffnung im Einverständnis mit anderen Mächten angefangen, der Empfang, der ihm auf seiner letzten Reise zu Teil ward, wäre sicherlich nicht weniger „sympathisch“ gewesen.

Das deutsche Volk will von dem Militarismus nichts mehr wissen. Und die, welche dem Kaiser anders berichten, sagen ihm die Unwahrheit.

Eine sozialdemokratische Parteiverammlung des III. Hamburger Wahlkreises hat im Anschluss an den Bericht der Delegierten zum Kölner Parteitag folgende Resolution gefaßt und im „Vorwärts“ zu veröffentlichen beschloßen:

„In Erwägung, daß die Parteigenossen über die Notwendigkeit

im angewiesenen Sitze möglich war, nahm Frau Hofme auf dem ebenso harten Koffhaarsopha Platz und fragte dann:

„Also wer sind Sie, was sind Sie, und weshalb suchen Sie mich auf?“

Der Fremde hatte den Hut abgenommen und denselben zwischen seinen Händen drehend, sagte er ruhig:

„Ich heiße Gorbju, ich bin Detektive und ich suchte Oliver Weiß.“

„Ich jagte Ihnen doch schon, daß er nicht hier sei,“ knurrte Frau Hofme.

„Das wußte ich bereits,“ nickte Herr Gorbju.

„Ah, Sie wußten es, wo ist er denn?“

Gorbju beobachtete die Frau scharf, während er langsam und mit Nachdruck sagte:

„Er ist tot!“

Frau Habelton war bleich vor Schrecken. „Er ist tot!“ rief sie bestürzt, indem sie aufsprang und den Detektive anstarrte, „wollen Sie damit sagen, daß er ihn getötet hat?“

„Dah' er er ihn getötet hat? Von wem sprechen Sie?“ fragte Gorbju hastig.

Frau Hofme, die entschieden mehr wußte, als sie hatte sagen wollen, veruchte die Wirkung ihrer Worte abzuschwächen, indem sie ausweichend äußerte:

„Ach, ich wollte sagen, er hat sich am Ende selbst umgebracht.“

Der Beamte nickte befriedigt vor sich hin. „Sie weiß etwas, aber sie will mich hinters Licht führen,“ murmelte er, „versuchen wir's auf andere Art.“ — Laut sagte er sodann: „Kein, er hat keine Selbstmord begangen, was brachte Sie zu dieser Annahme?“

Frau Hofme blieb die Antwort auf diese Frage einstweilen schuldig. Sie trat an einen Eckstuhl, öffnete denselben, entnahm dem obersten Gefache eine gefüllte Rumflasche samt

und Zweckmäßigkeit. — neben der Zweckmäßigkeit zu der sozialdemokratischen Partei, gleichzeitig eine Gewerkschaftsvereinigung anzugehen und dieselbe zu fördern. — zweiter Meinung sein können diese geteilte Meinung aber auf dem Parteitag zu Köln, auf Anregung des Parteivorstandes, durch allgemeine Auseinandersetzung ihre Erörterung finden sollte; hat es die heute tagende öffentliche Versammlung im III. Hamburger Wahlkreise für eine Verabredung und unter aller Würde, wenn gewählte Besousen in bezogener Frage in einer Art und Weise abgehandelt werden, wie iches gegenüber dem Delegierten weißen Wahlkreises Besousen Leben geschehen ist. Die Versammlung spricht ihre Enttäuschung darüber aus, daß der Parteitag es unglücklich hat, der Parteiverammlung, namentlich dem Besousen Auer, Ausdrücke zu gestatten, die nur gegen sich und unseren Gegner Wasser auf die Mühle zu gießen, ohne dagegen Protest zu erheben. Die Versammlung protestiert ganz entschieden dagegen, daß der Besousen Auer: sich als Richter und Anwalt der Delegierten zeigen in einer Weise, getreuer dürfte, welche als unzulässig nicht mehr gelten kann. Die Versammlung beschließt, die Resolution im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.“

Der italienische Professor Ferri ist durch seine wissenschaftlichen Forschungen zum Sozialismus gelangt — eine in Italien nicht seltene Erscheinung. Der berühmte Kollege Ferris, Professor Lombroso, ist bekanntlich schon vor einigen Jahren zum Sozialismus gekommen. In Italien ist das Blut rühiger und die Liebe zum Futurismus weniger stark, als im früheren Norden, wo nach dem bekannnten „Königswort“ Professore und andere bergleichen Leute für die Weltgenen immer zu haben sind. Jedenfalls ist es eine bemerkenswerte und für das Volk der Denter sehr beschämende Tatsache, daß, während unsere deutsche Kriminalistik und Strafrechtslehre, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in dem Sumpf mittelalterlicher Barbarei und im Irrgarten vorurteilhafter Theorien herumirrt, in Italien die zwei berühmtesten Kriminalisten: Ferri und Lombroso, Sozialisten sind.

Die neue dreißig Millionen wird sich das Reichsgewicht im italienischen Haushalt kaum herstellen lassen. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Brin, war anfrichtig genug, die Notwendigkeit neuer Steuern in der Höhe von dreißig Millionen einzuschlagen. Er sagte, es sei unnötig, sich Millionen zu machen, so könne es nicht weiter gehen, und die neuen Steuern seien unerlässlich. Die Gegner des Kabinetts bestämten die progressive Einkommensteuer, um Giulotti zu kürzen. Aber wer immer an seine Stelle treten mag, wird gezwungen sein, aus den Steuerzahlern dreißig Millionen mehr herauszuholen. Und woher sollte man sie nehmen, vom Grundbesitz, vom Gewerbe? Der Minister Brin fügte dem „Eccolo“ zufolge hinzu: es seien mehr als dreißig Millionen nötig, und dieses Defizit wird das Ministerium Giulotti oder dessen Nachfolger aus den Sparmaßnahmen herausstreifen. „Der Augenblick ist ernst. Das Parlament hat sein Ansehen durch das Justizwesen bei allen Kredit verloren. Die Bevölkerung verarmt immer mehr. Eine neue Steuer fördert der berühmte Tropfen sein, der das Gefäß überlaufen macht.“ — Wenn schon ein Minister die Lage so schwarz ausmalte, so kann man daraus entnehmen, wie traurig die Wirklichkeit sein muß. Besteht denn aber die ganze Staats- und Finanzkunst nur in der Erfindung neuer Steuern? Warum entschließt sich die Regierung nicht endlich zum Verkauf der Staatsbahn?

Die Frage wegen des Wahlrechts der Frauen, schreibt man unterm 11. d. aus Kopenhagen, steht augenblicklich hier auf der Tagesordnung. Im Folgenden wurde gestern ein diesbezüglicher Antrag eingebracht und vom Sozialisten Hermann Trier verteidigt. Der hiesige Frauenverein hielt ebenfalls gestern eine stark besuchte Versammlung, um für das Wahlrecht der Frauen zu agitieren. Frau Dr. med. Lange hielt eine Rede, in welcher sie betonte, daß man den Frauen in Dänemark daselbe Recht geben müsse, welches sie in England, Schweden, Norwegen und selbst auf Island erworben hätten. Vorläufig verlange man nur formales Wahlrecht für die 5000 Frauen, die in Kopenhagen die Bedingungen des Gesetzes in dieser Beziehung erfüllten. Dies würde nicht nur die Ausbildung der Frauen fördern, sondern auch dem Staate zum Wohle gereichen. Frauen, welche Steuern bezahlten, müßten auch das Wahlrecht haben. Eine Gelehrte, Fräulein Johansen, machte Mitteilungen über die Stellung der Frauen auf Island, wo sie schon seit 1882 formales Wahlrecht haben. Schließlich wurde eine Resolution zu gunsten des Frauenwahlrechts einstimmig gefaßt.

Glas und füllte das letztere bis zum Rande, worauf sie den Inhalt auf einen Zug trank und dann erklärend bemerkte:

„Ich mußte mich härken, die Nachricht hatte mich erschreckt. Also er ist wirklich tot?“

„Manietor, Frau Habelton.“

„Und wo farb er?“

„Er wurde in einer Droische auf der Strafe von St. Kilda getötet.“

„In einer Droische? Auf offener Strafe?“ fragte Frau Habelton erschrocken.

„Ja, auf offener Strafe.“

„Wie schrecklich!“ höhnte Frau Hofme ergriffen, und dann warf sie einen missigen Blick auf den Detektive, offenbar überlegte sie, ob sie ihm ihr Vertrauen schenken sollte.

Herr Gorbju verhielt sich völlig passiv; er wußte, daß hierin seine beste Chance lag und er hatte sich nicht getraut.

„Herr Gorbju,“ begann Frau Hofme nach kurzer Unterbrechung, „ich habe schon viele schlimme Erfahrungen im Leben und besonders mit den Männern gemacht, mein eigener Mann war leider so besessen, daß ich Gott dankte, als er sich zu Tode getrunken hatte und so ist's nun erklärlich, wenn ich keine besondere Meinung von den Männern habe, aber das hätte ich doch nicht von ihm gedacht,“ schloß sie scharfend.

„Von wem?“ fragte Gorbju hastig.

„Von, von Herr Weiß,“ flüsterete Frau Hofme verwirrt.

„Weshen Sie sich, Frau Habelton, wollten Sie wirklich nur von ihm sprechen?“

„Von wem hätte ich wohl sprechen wollen?“ fragte Frau Hofme mit der Miene der getrockneten Leichwand.

„Nun, Sie müssen ja wissen, was Sie zu thun haben,“ sagte der Detektive kühl, indem er sich erhob, „ich lehne jede Verantwortung ab.“ (Fortsetzung folgt.)

